Hildesheimer Allgemeine Zeitung vom 20.11.2018, S.14

Nach Levonens Unterschrift: Wie geht es weiter, was sagt K+S, wie reagiert die Politik?

An der Nordwestseite des Kalibergs – hier links im Bild – ist zu erkennen, dass K+S auf dem Betriebsgelände arbeitet. Im Vordergrund ist die Schacht-Siedlung zu erkennen, links hinten der Ort Giesen, den die Gemeinde vor der Lärmbelastung durch Kali-Lastwagen schützen will. FOTO: CHRIS GOSSMANN

Der Landrat hat unterschrieben, der Landkreis hat offiziell grünes Licht für die Salzwasser-Einleitung in die Innerste gegeben. Und K+S klingt ganz so, als sei der Neustart des Bergwerks wirklich sehr wahrscheinlich.

Von Tarek Abu Ajamieh

Landrat Olaf Levonen hat gestern wie angekündigt das Einvernehmen des Landkreises Hildesheim zur wasserrechtlichen Erlaubnis für die Salzwasser-Einleitung in die Innerste erklärt. In dem Schreiben weist er darauf hin, dass er sich dafür eine Frist bis nach der nächsten Kreistagssitzung am 6. Dezember gewünscht hätte – und merkt unter Verweis auf die Beschlüsse des Kreistages zu dem Thema an, dass aus Sicht des Landkreises noch nicht alle notwendigen Fragen geklärt waren.

„Die Weisung des Umweltministeriums und die Rechtsauskunft des Innenministeriums ließen keine andere Handlungsweise mehr zu", sagte Levonen gestern Nachmittag im Gespräch mit der HAZ. Eine weitere Kreistagsdebatte hätte daran aus seiner Sicht auch nichts geändert: „Natürlich hätte ich anschließend die geforderte Erklärung abgegeben", heißt es in seinem Brief an Umweltminister Olaf Lies. Angesichts der seit fast drei Jahren im Kreistag geführten Debatte wäre es aber sinnvoll gewesen, „dem Kreistag noch einmal die Möglichkeit zu geben, sich mit der finalen Entscheidungsgrundlage auseinanderzusetzen". Eine solche kurze Fristverlängerung hätte „aus meiner Sicht keinen Beinbruch bedeutet".

Persönlich habe er schon länger eine Entscheidung auf diesem Wege befürchtet, sagte Levonen. Tatsächlich hatte er im Sommer im Kreistag gewarnt, irgendwann werde das Land die Entscheidung an sich ziehen. Die Kritik aus dem Kreistag könne er gleichwohl nachvollziehen: „Wenn ich mir was wünschen dürfte, gäbe es zwar das Bergwerk, aber keinen zweiten Kaliberg." Es gehe allerdings „nicht um meinen Geschmack, sondern um die Rechtslage".

▸ Wie geht es weiter?

Am Zug ist nun das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), das für die Wiederinbetriebnahme insgesamt verantwortlich ist. Die Behörde hatte auf die Einvernehmens-Erklärung des Landkreises als wichtigen Baustein der Gesamt-Genehmigung gewartet. Die ist im Wesentlichen schon fertig. „Allerdings müssen wir den Entwurf jetzt noch einmal anhand der heute aktuellen Rechtslage überprüfen", sagt LBEG-Sprecher Björn Völlmar mit Blick auf die Dauer des Verfahrens.

Auch habe die Behörde den Konzern K+S beauftragt, noch einmal neue Umweltdaten etwa zur Biotopstruktur nachzuliefern – denn die sogenannte Umweltverträglichkeitsprüfung müsse auf Grundlage aktueller Daten erfolgen. Zum abschließenden Entwurf darf K+S noch einmal Stellung nehmen, ehe der Planfeststellungsbeschluss öffentlich ausgelegt wird. Das dürfte im nächsten Jahr passieren. Landrat Levonen hofft, einige Anliegen des Landkreises, die nun nicht berücksichtigt wurden, vor Abschluss des Verfahrens doch noch in der Planfeststellung unterzubringen.

▸ Was sagt K+S?

K+S selbst begrüßte gestern die Erteilung des Einvernehmens durch Levonen. Das Giesener Bergwerk passe gut zur Strategie des Konzerns, das Segment Düngemittel auszubauen, sagte Sprecher Ulrich Göbel und bezeichnete Giesen als „hochwertige heimische Rohstofflagerstätte". Inzwischen habe das Unternehmen seit dem Projekt-Neustarts rund 30 Millionen Euro in Giesen investiert. Das Geld floss unter anderem in Erkundungsarbeiten unter Tage, in eine neue Windenanlage, in eine Verstärkung der Elektrik und in die laufende Erneuerung eines Haldengrabens, aber auch in Machbarkeitsstudien und Planfeststellungsverfahren.

Gefragt, ob sich K+S nach einer Genehmigung wie angekündigt die rechtlich möglichen fünf Jahre Zeit lassen werde, bis der Konzern über den Neustart entscheidet, betonte Göbel: „Die Entscheidung über die Realisierung des Projekts ist in erster Linie von der wirtschaftlichen Einschätzung, nicht von Rechtsbindungs-Fristen abhängig." Insofern stelle sich „nicht die Frage von Realisierung oder Nicht-Realisierung, sondern eher die Frage nach dem richtigen Zeitpunkt."

▸ Und die Gemeinde?

Der richtige Zeitpunkt für die Gemeinde Giesen, sich wieder intensiv mit dem Projekt zu beschäftigen, ist für Bürgermeister Andreas Lücke dann gekommen, wenn die Gesamt-Genehmigung für die Wiederinbetriebnahme vorliegt. Aus Lückes Sicht nächstes großes Ziel für die Gemeinde ist es, zu verhindern, dass die zahlreichen Lastwagen vom und zum Kaliwerk durch de langgezogene Giesener Ortsdurchfahrt in Richtung Bundesstraße 6 rollen. Verfügt das LBEG nichts anderes – die Gemeinde wünscht sich eine Route vorbei an der Kläranlage und durchs Ahrberger Gewerbegebiet – dürfte K+S die Ortsdurchfahrt als kürzeste Verbindung nutzen. „Das halte ich für unzumutbar, dann müssten wir mit K+S verhandeln und notfalls auch gegen den Planfeststellungs-Beschluss klagen", blickt Lücke voraus.

Zur aktuellen Entscheidung des Landes, dem Landkreis das Votum über das Wasser-Einvernehmen quasi wegzunehmen, äußerte sich Lücke diplomatisch. Einerseits könne er verstehen, „dass man endlich eine Entscheidung haben wollte". Andererseits könne er nicht so ganz erkennen, warum nun Zeitdruck geherrscht haben solle. Er bleibe jedenfalls dabei, den Bergwerks-Neustart grundsätzlich zu befürworten. „Aber nur, wenn die Belange von Anliegern und Umwelt angemessen berücksichtigt werden.

Grüne, AfD und Linke in Kritik an Lies vereint – Appell an Landtagsmitglieder

Diese Parteien sind sich sonst eher selten einig: Grüne, AfD und Linkspartei im Kreistag haben gestern scharfe Kritik am Umgang des Landes mit der Kali-Frage geübt. „Die Weisung des Landes ignoriert grundlegende demokratische Prinzipien", heißt es in einer Stellungnahme der **Grünen**. „Wenn einem von Bürgern gewählten Gremium Zuständigkeiten entzogen werden, um wirtschaftliche Interessen eines Konzernes durchzusetzen, führt dies nur zu weitem Politikverdruss."

Fraktionschef Holger Schröter-Mallohn betont, die Abstimmung zwischen der Kreistags-Mehrheit von SPD und CDU und den Abgeordneten der aus den gleichen Parteien gebildeten Großen Koalition auf Landesebene sei offenbar „grandios gescheitert". Für die Grünen sei immer klar gewesen, dass sich das Verfahren nur zusammen mit den Landtagsfraktionen zu einem guten Ende bringen lasse.

Tatsächlich haben die Kreistags-Fraktionschefs Klaus Bruer (**SPD**) und Friedhelm Prior (**CDU**) am Freitag alle Landtagsabgeordneten ihrer Parteien mit der Bitte um Unterstützung angeschrieben. Prior legte gestern noch einmal nach und erinnerte daran, dass mehrere Vertreter von SPD und CDU im Landtag in den vergangenen Jahren gefordert hätten, bei Kaliabbau-Projekten künftig auf neue Abraumhalden, sprich Kaliberge, zu verzichten. Allerdings dürfte an der aktuellen Entscheidung des Landes politisch nichts mehr zu rütteln sein.

Als „sehr mutig und von Verantwortungsgefühl getragen" bezeichnete **AfD**-Kreistagsmitglied Norbert Hüter das Vorgehen der SPD/CDU-Mehrheitsgruppe. Endlich habe einmal eine „Wählervertretung im Interesse dieser Menschen und nicht im Interesse eines Konzerns" gehandelt. Das Vorgehen von K+S bezeichnete er hingegen als „ungesetzlich, arrogant und allein an den Profitinteressen orientiert".

Von einem „skandalösen Vorgang" spricht der **Linken**-Kreistagsabgeordnete Lars Leopold: „Wenn Umweltminister Lies eine Weisung erteilt und Landrat Levonen dieser folgt, zeigt dies ganz deutlich, wie wirtschaftshörig die beiden wirklich sind." Alle bisher ungeklärten Fragen zur Wasserqualität, zur Grundwasser-Versalzung am bestehenden Kaliberg und zur Notwendigkeit eines zweiten Berges spielten offenbar plötzlich keine Rolle mehr. Leopold lobte SPD und CDU im Kreistag dafür, dass sie „mit Unterstützung von Grünen und uns K+S die Stirn geboten haben".

Unabhängige und **FDP** im Kreistag hatten in der Vergangenheit bereits mehrfach deutlich gemacht, dass sie den Zeitpunkt für eine Entscheidung gekommen sähen und alle Fragen für geklärt hielten. Der Kreistagsmehrheit warfen sie vor, durch ihre „Unfähigkeit zum Kompromiss" Gestaltungsmöglichkeiten aus der Hand gegeben zu haben. Die Unabhängigen wollen künftig verstärkt darauf achten, „dass den im Landkreis vorhandenen Umweltbelastungen grundsätzlich und nicht nur in diesem besonderen Einzelfall nachgegangen wird".

Die Bürgerinitiative Giesen-Schacht wetterte gestern: „Dies ist ein schlechter Tag für die Demokratie in Deutschland!" Das „Recht des Stärkeren" solle die Demokratie ersetzen, die Landesregierung setze die Interessen der Industrie und der Gewerkschaft IG BCE durch. Man wolle aber weiter kämpfen.

Grundwasser: Ermittler prüfen noch

Wird die Versalzung des Grundwassers ein Fall für die Gerichte? „Wir prüfen derzeit noch, ob wir einen Anfangsverdacht sehen, der ein förmliches Ermittlungsverfahren und möglicherweise eine Anklage nach sich ziehen könnte", sagte Christian Gottfriedsen, Pressesprecher der Hildesheimer Staatsanwaltschaft, gestern auf HAZ-Nachfrage.

„Wir versuchen jetzt, im weiteren Verfahren noch ein paar Punkte unterzubringen.

Olaf Levonen
Landrat

Kreistag diskutiert trotzdem

In der Kreistags-Sitzung am 6. Dezember soll das Kali-Thema noch einmal auf der Tagesordnung stehen – auch wenn der Landkreis wohl nichts mehr zu melden hat. Es könnte aber noch einmal zu eine politischen Generalabrechnung über den Umgang mit dem Thema in den vergangenen drei Jahren kommen.